

Laudatio
für Ludwig Baumann
aus Anlass der Verleihung
des Kultur- und Friedenspreises
der Villa Ichon
am 10. März 2007

Der Aufgabe glaubte ich gewachsen zu sein, weil ich den Preisträger als Freund sehr lange kenne. Bald musste ich einsehen, dass solches Wissen vor der Frage, wer ist dieser Ludwig Baumann?, etwas Vordergründiges hat. So geht es uns doch, wann immer wir den Anderen zu verstehen suchen. Wir wissen manches über äußere Lebensumstände, zeitliche Bedingungen von Entscheidungen und Verhaltensweisen, aber nichts Sicheres über innere Antriebe von Handlungen oder Unterlassungen. In Ludwigs Leben gibt es sichtbar gewordene Verknüpfungen von Zeitgeschichte und persönlicher Geschichte, wie sie viele Biographien von Kriegsteilnehmern kennzeichnen. Aber welche Unterschiede sind hier anzutreffen!

Am 7. Juni 1942 geht ein Soldat durch die Rue Royal in Paris. « Ich begegnete », notiert er, « zum ersten Mal in meinem Leben dem gelben Stern, getragen von drei jungen Mädchen, die Arm in Arm vorbeikamen... Ein solcher Anblick bleibt nicht ohne Rückwirkung – so genierte es mich sogleich, daß ich in Uniform war. » Wenige Tage später, am 4. Juli 1942, notierte derselbe Soldat, der Hauptmann Ernst Jünger : « Abends in der "Tour d`argent", im Silberturm, in dem bereits Heinrich IV. Reiherpasteten speiste und von dem man wie aus dem Diningroom eines großen Flugzeugs auf die Seine und ihre Inseln sieht. »

Vier Tage vor diesem Tagebucheintrag, am 30. Juni 1942, verhängte in Bordeaux das Gericht des Marinebefehlshabers Westfrankreich, Zweigstelle Royan, das Todesurteil gegen den Marine-Artillerie Gefreiten Ludwig Baumann wegen Fahnenflucht. Nach dem Gnadengesuch seines Vaters bestätigte der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Raeder, das Urteil, wandelte die Todesstrafe in 12 Jahre Zuchthaus um und ordnete die Einweisung in das Wehrmachtgefängnis Torgau zur Überprüfung der Eignung für die Bewährungstruppe an.

Von der Gnadenentscheidung wurde der Verurteilte erst 8 Monate später informiert (29.4.43). 8 Monate im Kriegswehrmachtgefängnis Bordeaux, gefesselt, in Erwartung der Vollstreckung des Todesurteils.

Was geht in Ludwig Baumann vor? Kann er es selbst beschreiben, die Ängste, die Verzweiflung?

Warum die Fahnenflucht ? Ludwig berichtet, ihm habe das Elend der russischen Kriegsgefangenen vor Augen gestanden, die Grausamkeit des Krieges im Osten. Er wollte weg nach Amerika. Das Gericht unterstellte als Motiv Angst vor Bestrafung wegen Wachvergehens.

Ludwig war kurz vor dem Ende der Wachezeit eingeschlafen. Das Todesurteil wurde nur formelhaft begründet: « Die Flucht von der Fahne ist und bleibt das schimpflichste Verbrechen, das der deutsche Soldat begehen kann. »

Diese Formelsprache ersparte ein näheres Eingehen auf die Persönlichkeit des Soldaten. Schnelle, bündige Urteile waren die Folge. Etwa eine Seite genügte zur Begründung des Strafmaßes. Wegen der Wachverfehlung wurde ihm seine Jugend und seine bisherige gute Beurteilung « weitestgehend » zu Gute gehalten – nicht dagegen für die Fahnenflucht.

Kurt Tucholsky schrieb 1920 nach der Lektüre von Kafkas Novelle « In der Strafkolonie » : « - als ich so weit gelesen hatte, schluckte ich einen faden Blutgeschmack herunter und suchte nach einer Entschuldigung und dachte: Allegorie... Die Militärgerichtsbarkeit ».

Acht Monate Todeszelle, Wehrmacht-KZ im Emsland, Torgau – Fort Zinna, Bewährungsbaillon – insgesamt ein lückenloses Strafkoloniesystem.

Ludwig Baumann, der Abweichler, der Nonkonformist im Apparat der Unfreiheit und Inhumanität. Welche politische Qualität hatte sein Handeln? Die Nachkriegsgesellschaft hat ihn erneut ausgegrenzt. Wer dieses Faktum kritisch betrachtet, dem muss eine völlig andere Bewertung von regimekritischen Einstellungen auffallen, die nicht wie bei Ludwig zur Aktion, d.h. zum offenen Aufbegehren, geführt haben.

Ich denke hier wieder – als pars pro toto – an Ernst Jünger. Er wusste sehr viel mehr über die deutschen Vernichtungsmethoden im Osten. In seinen Kaukasischen Aufzeichnungen spricht er am 31. Dezember 1942 von der Silvesterfeier in Kutais im Stabsquartier der 17. Armee: « Ich sah wieder, dass reine Festfreude in diesen Jahren nicht möglich ist. So erzählte der General Müller von den ungeheuerlichen Schandtaten des Sicherheitsdienstes nach der Eroberung von Kiew. Auch wurden wieder Giftgastunnel erwähnt, in die mit Juden besetzte Züge einfahren. Das sind Gerüchte, und ich notiere sie als solche; doch sicher finden Ausmordungen im größten Umfang statt... Ein Ekel ergreift mich dann vor den Uniformen, den Schulterstücken, den Orden, den Waffen, deren Glanz ich so geliebt habe. » Jünger wusste schon in Paris, dass von dort Juden nach Osten gebracht wurden. Die Uniform hat er deshalb nicht ausgezogen.

General Müller hatte mit dem Hinweis auf Kiew Babi Jar angesprochen, aber nicht gesagt, dass der Stadtkommandant und damit auch Reichenau 6. Armee an dem Massaker logistisch beteiligt waren. Reichenau und General v. Manstein, Oberbefehlshaber der 11. Armee, forderten ihre Soldaten auf, Verständnis für die harte « Sühne » am Judentum zu zeigen. « Die Krim ist judenfrei », meldete der Führer der Einsatzgruppe D, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, im Frühjahr 1942 dem General v. Manstein.

Sie alle wussten mehr als der Deserteur Baumann, unterstützten das Vernichtungswerk. Auch Kriegsrichter gingen nicht aus der Deckung. Sie konnten in der Bundesrepublik Staatsanwalt, Strafrichter, Bundesrichter, OLG-Präsident werden. Generale wurden in der Bundeswehr wieder General. Es schien ganz selbstverständlich. Und so schien auch das Nachkriegsschicksal der Deserteure selbstverständlich. Sie blieben sprachlos vorbestraft. Die Nachkriegsgesellschaft belohnte die Anderen, nicht selten mit Karrieren. Der General Röttiger, 1942/43 Chef des Stabes der 4. Armee im Osten, schrieb seinem Anwalt im November 1945 in einer später zurückgezogenen Stellungnahme, ihm sei die Erkenntnis gekommen, « dass die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziel den Zweck hatte, das Heer dazu zu benutzen,

um die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen ».

Kam Röttiger angesichts solcher Erkenntnis in eine Loyalitätskrise? Ging er aus der Deckung? Ja, tatsächlich, kurz vor Hitlers Selbstmord, wollte er in Oberitalien kapitulieren, als der HSSPF in Italien, SS-General Wolff, schon in der Schweiz mit Alan Dulles verhandelte. General Heusinger, Chef der Operationsabteilung im Generalstab und damit der operative Kopf im Krieg gegen die USSR, ein Mann, der wusste, welcher Krieg dort ablief, wurde Generalinspekteur der Bundeswehr. Er trat nicht aus der Deckung. Belastet mit hoher Mitverantwortung gewann er dennoch hohes Ansehen in Politik und Nachkriegsgesellschaft. Oberst-richter Hülle von der OKW-Rechtsabteilung hatte einst doziert, ein Richteramt sei ein Lehen aus der Hand des Führers und müsse daher in seinem Sinne wahrgenommen werden. Er wurde OLG-Präsident in Oldenburg. Männer wie er praktizierten Loyalität bis zum Ende. Sie standen da, wo der kleine Gefreite Ludwig Baumann nicht stand, weil ihm der Sinn für eine derartige Loyalität fehlte. Nach der Logik des Heerespersonalchefs General Schmudt hätte er eigentlich aus der Wehrmacht entlassen werden müssen. Schmudt im Januar 44: « Ein Offizier, der die entscheidenden Werte unseres völkischen und politischen Lebens nicht erkennt und nicht mit überzeugender Kraft bejaht, hat seine Eignung als Offizier verwirkt. » Das Kriegsgericht hat Ludwig Baumann im Juni 1942 bescheinigt, dass er die Eignung als politischer Soldat des Führers verwirkt habe: es erkannte neben der Todesstrafe auf « Verlust der Wehrwürdigkeit ». Damit wurde er als Zivilist Gefangener in den diversen « Strafkolonien » der Wehrmachtjustiz. Bis er in der Bewährungstruppe « bedingt wehrwürdig » gemacht wurde.

Er hat die dortigen Torturen wundersamer Weise überlebt, auch Torgau, wo über 1 000 Soldaten umkamen, bzw. erschossen wurden.

Der vorbestrafte Mann kehrte zurück in die zivile Existenz und hat einen langen Weg vor sich mit gravierenden Konsequenzen psychischer Art und Auswirkungen auf Familie und Lebensorientierung. Die Bundesrepublik zeigte kein Verständnis für seine Situation. Ihre Entschädigungsgesetze türmen sich gegen ihn auf. Anträge werden abgelehnt. Aber noch sind die Opfer der Wehrmachtjustiz ohne Stimme. An der Haltung der Regierung in den Debatten um Denkmäler für Deserteure müssen sie erkennen, dass diese Sprachlosigkeit und Mahnmalllosigkeit politisch gewollt ist. In Bonn lehnte der Stadtrat 1989 die Aufstellung des von dem Bildhauer Mehmet Aksoy geschaffenen Denkmals mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP 1989ab. Der Oberbürgermeister :

Auch diejenigen, die als Soldaten in den Kriegen der Vergangenheit in der Überzeugung gekämpft haben, ihrem Vaterland zu dienen, werden durch ein solches Denkmal verhöhnt. Ich sage dies ausdrücklich im Wissen um die unstreitige Tatsache, dass der letzte, von Hitler entfesselte, Krieg ein Verbrechen gegen die Menschheit war. Der einzelne Soldat, der glaubte, in diesem Krieg seine Pflicht tun zu müssen, darf jedoch nicht ins Unrecht gesetzt werden.

Diese Antwort hielt auch die Regierung Kohl-Genscher für richtig. Sie antwortete auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer und der Fraktion « Die Grünen » vom 4. Juli 1989 « Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, "Wehrkraftzersetzer" und andere von der Militärjustiz unter der NS-Herrschaft Verfolgte und Verurteilte » am 21. September 1989: « Die in dem Zitat vertretene Auffassung der Stadt Bonn wird von der Bundesregierung geteilt. » Weite Teile der Bevölkerung dachten ähnlich. Während des Streits um das Denkmal

« Stein des Anstoßes » in Ulm schrieb die Südwestpresse zur Stimmungslage in der Stadt : statistisch sei der Deserteur ein charakterloser Held.

Ludwig Baumann hat diese Debatten mit hohem Interesse und Engagement verfolgt. Es war nun klar, dass die Opfer der Militärjustiz mit ihren Anliegen in die Öffentlichkeit gehen, ihre Stimme erheben mussten.

Der entscheidende Schritt erfolgte, auch aufgrund Ludwig Baumanns Initiative und der aktiven Unterstützung durch das DIZ Emslandlager in Papenburg und der Hamburger « Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes » am 21. Oktober 1990 im Lidice-Haus in Bremen-St.Magnus. Als Schirmherr dieses Treffens forderte Senator Henning Scherf eine Neuorientierung und kritisierte die bisherige Rechtsprechung in Entschädigungsfragen. Er war wohl der erste Minister eines Bundeslandes, der für eine Ehrung der Opfer der Militärjustiz eintrat.

Bei diesem Gründungsakt der « Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz » wurde Ludwig Baumann zum Vorsitzenden gewählt und ist es bis heute geblieben. Er wurde die Seele und dynamische Kraft der Vereinigung.

Sechzehn Jahre Einsatz für die Entschädigung und Rehabilitierung der wegen Desertion, Wehrkraftzersetzung und Verweigerung aus religiösen Gründen Verfolgten : das waren hunderte Gespräche mit Abgeordneten, Staatssekretären, Ministern, Journalisten, Vorträge bei Veranstaltungen, Informationsabende, Gespräche mit Schülern, das waren Hoffnungen und Enttäuschungen, Sorgen um Geld für das Weiterleben der Vereinigung, Anlass auch zur Dankbarkeit an großzügige Helfer wie Jan Philipp Reemtsma.

Die 90er Jahre öffneten mit den wegweisenden Urteilen des BSG (1991) und des BGH (1995) neue Perspektiven in der Entschädigungs- und Rehabilitationsfrage. Ohne Ludwig Baumanns Engagement in der Öffentlichkeit wären um diese Zeit so eindeutige Urteile m.E. nicht möglich gewesen. Beide Gerichte hatten ihre bisherige Rechtsauffassung grundsätzlich revidiert. Das hinderte die Entschädigungsbürokratie allerdings nicht, an ihrer Position festzuhalten. Die Oberfinanzdirektion Köln beschied Ludwig ein Jahr nach dem BSG-Urteil mit der Feststellung, das Todesurteil sei keine willkürliche Freiheitsentziehung i.S. der Härterichtlinien des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes gewesen, denn Verurteilungen wegen Fahnenflucht seien auch bei Rechtsstaaten vorgekommen, auch die erforderliche Haft in einem KZ sei nicht nachgewiesen.

In der Politik ging die Debatte in der Rehabilitierungsfrage inzwischen heftig weiter. Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion erklärte im Juni 1995:

Die Fraktion werde « in keinem Fall Bestrebungen nachgeben, den Deserteuren der Wehrmacht von vornherein einen Persilschein auszustellen. »

Volker Ullrich charakterisierte in der ZEIT im Dezember 1995 die Auseinandersetzungen unter der Überschrift « Ein Deserteur jagt die Politik ». Nach der Anhörung im Rechtsausschuss, wo die von der CDU/CSU benannten Sachverständigen, darunter ein ehemaliger Kriegsrichter, ein fleckenreines Bild der Wehrmachtjustiz zeichneten, quittierte Ludwig das Schauspiel mit den Worten : « Ich halte das nicht mehr aus. » Bis zum NS-Unrechtsurteilsaufhebungsgesetz 1998 änderte sich das Klima der Auseinandersetzungen nicht. Ludwig vertrat die Anliegen der Bundesvereinigung bei zahlreichen Anlässen so nach-

haltig, dass breite Zustimmung in der Öffentlichkeit möglich wurde, etwa nach seiner Anhörung in der Synode der EKD im November 1996, bei seinem Auftreten auf der Gedenkfeier für Wehrmachtdeserteure im KZ Mauthausen im Mai 1997. « Gegen Vergessen – für Demokratie » fasste im Oktober eine wichtige positive EntschlieÙung. Jochen Vogel hatte stets großes Verständnis gezeigt.

Und dann kam die große Enttäuschung – das Aufhebungsgesetz 1998. Der Rechtsausschuss hatte im Mai die Gesetzentwürfe von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und vom Bundesrat vom Tisch gewischt. Übrig geblieben war der CDU/CSU Entwurf. Und so kam ein Gesetz zustande, das keine aufgrund des Militärstrafgesetzbuches ergangenen Urteile aufhob – damit auch nicht die wegen Fahnenflucht verhängten.

Vier Jahre intensiver Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvereinigung – im Zentrum stets Ludwig Baumann – waren nötig bis zum Änderungsgesetz 2002. Die PDS, nicht SPD !, hatte den SPD-Gesetzentwurf von 1998 eingebracht. Er wurde gegen den Widerstand von CDU/CSU und FDP Gesetz. 57 Jahre nach Kriegsende Aufhebung der Urteile wegen Fahnenflucht ! Die Medien registrierten: « Späte Genugtuung für Deserteure », oder: « Ludwig Baumann sieht seinen Kampf für pauschale Aufhebung der Urteile der NS-Militärjustiz belohnt. » El Pais behandelte das Thema. La Stampa am 15. Mai 2002: « Per Ludwig Baumann il giorno della riabilitazione pubblica sarà un gran giorno ». Ludwig wurde « Person der Zeitgeschichte ». Aber rundum zufrieden konnte er nicht sein, weil die Urteile wegen Kriegsverrats nicht aufgehoben worden waren. Einige Jahre dauerte inzwischen Ludwigs Kampf um die Aufhebung. Seiner Forderung im Rechtsausschuss schloss sich 2002 die PDS-Fraktion an. Ludwigs Bitte, sich für die pauschale Aufhebung der Kriegsverratsurteile einzusetzen, erteilte die Justizministerin im April 2006 eine Absage mit einer Begründung, die an die einstige Ablehnung der Rehabilitierung der Deserteure erinnerte. Auf Ludwigs fort-dauerndes Engagement geht die demnächst erscheinende einschlägige Dokumentation zurück, die ein neues Kapitel der Auseinandersetzung um den Kriegsverrat schreiben wird. Und auch die im Juni auf die Reise gehende Wanderausstellung « Was damals Recht war... » weiß sich Deiner Aktivität verpflichtet.

Lieber Ludwig, woher nimmst Du die Kraft und den Atem für diesen schon sechzehn Jahre währenden Einsatz? Du bist darüber 85 Jahre alt geworden. Ich habe versucht, hinter das Geheimnis Deiner Energiereserven zu kommen. Hin und wieder, bei Telefongesprächen, erwähntest Du Fahrradtouren. Oder Du sagtest, ich komme soeben von einer Radtour zurück, bzw. bin im Begriff, aufs Rad zu steigen. Ist es das? Liegt hier die Kraftquelle? Ich glaube, ich hab sie entdeckt. Um Dich noch mobiler, noch sportlicher zu machen und Dich den Alltag reibungsloser genießen zu lassen, habe ich mir gedacht, ein Fläschchen Fahrradöl könnte hilfreich sein. Hier ist es.